

Berichtigung über die Propagandamittel, die seit jeher unzählige Millionen Kronen betrugen, genommen und dem Ministerpräsidenten übertragen wurden. Von diesen beiden Stellvertretern war Dr. Krostka Gesandter in Berlin und Dr. Pleßinger-Boszniak Gesandter in Kopenhagen. Mit Kenntnis muss ferner die Tatsache gebucht werden, daß die bisherige Propagandabeschaffung des Außenministeriums vollständig reorganisiert und wesentlich verfeinert wird. In großen Zügen handelt es sich darum, daß die bisherigen An-

hänger Dr. Beneš' nunmehr durch lachende Karikaturen, Augeblöde der Partei des Ministerpräsidenten Soehio, erlegt werden sollen, um so ein Gewinnergebnis gegen die Monopolstellung Beneš' zu besiegen. Man darf alle Grund haben, die nächste außenpolitische Entwicklung der Tschecho-Slowakei nicht nur unter dem Gesichtspunkt der veränderten europäischen Konstellation, sondern auch unter demjenigen der Veränderungen im Proger Außenministerium mit besonderem Interesse zu verfolgen.

Japans Sympathie für Chinas Freiheitskampf.

Aber Wahrung der japanischen Interessen.

London, 17. Jan. „Daily Telegraph“ meldet aus Tokio: Durch eine Audienz ist ein Teil der Runde, die der Minister des Äußeren am Dienstag bei der Wiedereröffnung des Parlaments halten will, der Öffentlichkeit vorzeitig bekannt geworden. Danach wird die Japanische Regierung erklären, daß sie neutrale Haltung gegenüber den Ereignissen in China einzunehmen gedenkt, aber zugleich die Absicht bestehen, Leben und Interessen der japanischen Bewohner Chinos wahren zu wollen. Weiter wird angeblich

Japanas Sympathie mit den nationalen Bestrebungen des chinesischen Volkes

auch Ausdruck gebracht und erklärt werden, daß Japan über einen neuen Vertrag separiert mit den vorhandenen Behörden, also mit den Kantoneien verhandeln will, um dem Verlangen der Chinesen nach Revision einheitlicher Verträge entgegenzukommen. Ferner besteht es angeblich in der Runde, die gegenwärtige Lage rechtzeitig nicht eine geweisste Aktion der Flotte bezüglich der chinesischen Forderungen nach Wiederherstellung der Kontrolle über die Niederlassungen. Alle diese Forderungen könnten in den neuen Verträgen geregelt werden, über die mit China zu verhandeln davon bereit sei.

Die Flucht der Engländer aus China.

London, 18. Januar. Neuter meldet aus Peking: Außer den britischen Kaufleuten, die ihre Geschäfte im Südkorea mitschaffen, sind auch viele Hunderte von Missionaren aus dem Innern Chinas nach der Nähe unterwegs. Sie waren gesperrt, die Schulen und Krankenhäuser, die von den Chinesen für militärische Zwecke beschlagnahmt wurden, und die Kirchen, die durch christfeindliche Pöbelhaufen entwöhnt zu verlassen und mussten täglich Beleidigungen und unverdiente Behandlung erdulden. An folgenden ist in der vergangenen Woche ein entschieden ungünstiges Urteil in der Haltung der Chinesen und in einzelnen Fällen auch der Japaner gegenüber den Engländern eintreten. Die Anerkennung kommt darin zum Ausdruck, daß die Engländer geradezu wie Verachtung behandelt werden.

Selbständiges Vorgehen der Vereinigten Staaten.

New York, 17. Jan. „New York Herald“ und „Tribune“ melden aus Washington: Gut informierte Kreise seien der An-

sicht, daß die Vereinigten Staaten selbständige in China vorgenommen werden und das Selbstbestimmungsrecht und die Territorialautonomie Chinas anerkennen, sowie für die Besetzung der Exterritorialität eintreten werden. (W. T. B.)

Der französisch-rumänische Vertrag.

Paris, 17. Januar. Am morgigen Dienstag wird gleichzeitig in Paris und Bukarest der französisch-rumänische Freundschafts- und Schiedsvertrag mit dem Balkanprotokoll veröffentlicht werden. Der Hauptzweck des Vertrages ist die Befreiung des territorialen Status quo der beiden Länder und die Verwaltung des Reiches der französischen Sicherheitsverträge. Die politische Bedeutung des Vertrages liegt darin, daß er unter den beiden Ländern einen häufigen Handelsaustausch über alle Fragen der europäischen Politik vorstellt und so für Frankreich eine Brücke zum Osten schlägt. — In dem Balkanprotokoll erneut Rumänien seine auf der Konferenz von Genua am 17. Mai 1922 eingegangene Verpflichtung, gegen Nachland keinen Angriffskrieg zu unternehmen.

Neue Verhaftungen von Weißrussen in Polen.

(Turzii Anfang)

Warschau, 17. Jan. Das Vorgehen der polnischen Behörden gegen die wehrlose Tremada nimmt ihren Fortgang. Gestern wurde in der Nähe von Bielsko der vierter Sejmabgeordnete der Tremada, Włodzimierz, verhaftet. Auch in den von Weißrussen bewohnten Woiwodschaften wurden erneute Verhaftungen vorgenommen.

Die Führer des albanischen Aufstandes nach Jugoslawien entflohen.

Belgrad, 16. Januar. Wie „Politika“ erzählt, sind Don Vojko Jaka und andere Führer des letzten Aufstandes in Nordalbanien bei Podgorica auf jugoslawisches Gebiet übergetreten. Sie befinden sich jetzt auf dem Wege nach Tuzla in Bosnien, wo sie interniert werden sollen. Sie erklären, die albanischen Emigranten in Italien würden sehr bald zurückkehren, da eine Aussöhnung mit Ahmed Zogu bevorstehen. (W.T.B.)

Bell als Justizminister würden bleiben, auch Dr. Gehler, falls dieser in seinem Amt verbleiben will.

Die „B. B.“ erklärt auf Erfülligung einer maßgebenden Stelle des Zentrums, davon, daß der bisherige Reichsanziger Dr. Marx sich als Rausch einer „Bürgerblockregierung“ zur Verhaftung zu stellen bereit ist, ohne keine Rede sein. Weder in der Haltung des Reichsanzigers, noch der Zentrumspartei sei eine Schwäche gegenüber dem bisherigen Verhalten eingesehen.

Wie die T. U. erzählt, wird der mit der Regierungsbildung beauftragte Reichsanziger Dr. Marx im Laufe des Tages Verhandlungen mit den Führern der Mittelpartei Schöla (D. Ps.) und Koch (Dem.) aufnehmen. Allerdings nach wird Dr. Marx später auch mit dem Führer der Sozialdemokraten, Müller-Franken, Besprechungen führen.

Besprechung der Fraktion der Volkspartei.

Berlin, 17. Januar. Im Reichstag trat heute vormittags gegen 11 Uhr die Vorstand der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei in Begleitung des Parteivorsitzenden Dr. Stresemann zu einer Sitzung zusammen.

Die Sitzung dauerte bis 2 Uhr. Danach wurde folgende Mitteilung des Vorstandes abgegeben:

In der Sitzung des Vorstandes der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei berichtete Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius über seine Verhandlungen zur Herbeiführung einer Regierungskoalition. Der Vorstand sprach Dr. Curtius einstimmig Dank und Anerkennung für seine Bemühungen aus und billigte die von ihm unternommenen Schritte. Er bedauerte, daß diese Verhandlungen vorzeitig zum Scheitern gebracht worden sind. — Der Vorstand las in der Erwartung der Vorläufe des Reichskanzlers Marx von seinen neuen Beschlüssen zur Lage ab.

Marx verhandelt.

(Dr. H. W. M. unter der Leitung der Reichsleitung)

Berlin, 17. Jan. Ein Kabinett der Mitte mit Anerkennung nach rechts gilt jetzt als die einzige mögliche Lösung der Krise. Der Zentrumsführer v. Gucziard soll am Sonnabend dem Reichspräsidenten erklären, falls die Kombinationen der Mitte scheiterten, würde das Zentrum und würde nötigenfalls Herr Marx selbst bereit sein, mit den Deutschen Nationalen über die Möglichkeit einer Koalition zu verhandeln. Es gilt als sehr wahrscheinlich, daß nach Erledigung seines jetzigen Auftrages Dr. Marx selbst oder ein anderes Mitglied des Zentrums den Auftrag vom Reichspräsidenten erhalten wird, über die Bildung einer bürgerlichen Mehrheit zu verhandeln.

Aus volksparteilichen Kreisen wird mitgeteilt, daß die Deutsche Volkspartei im Reichstag es nicht ablehnen werde, mit Dr. Marx wegen der Kabinettbildung zu verhandeln und gegebenenfalls in ein Kabinett unter seiner Leitung einzutreten, unter der Voraussetzung, daß die Pläne Marx' in ihrer Belantragung den Wünschen der Volkspartei entsprechen, die auf eine große bürgerliche Koalition oder auf ein Kabinett der Mitte unter Anerkennung nach rechts abzielen.

In einem Kabinett mit den Deutschen Nationalen würden diese die Vorschriften des Innern und der Landwirtschaft, vielleicht auch der Finanzen beanspruchen. Ob Dr. Reinhold Finanzminister bleiben wird, hängt von den Demokraten ab, die, wie ein demokratisches Sonntagsblatt erklärt, kaum bereit sein würden, an einer Regierung mit Deutschen Nationalen teilzunehmen. Dr. Stresemann als Außenminister, Braun als Arbeitsminister, Stinzel als Postminister, Krohn als Verkehrsminister, Curtius als Wirtschaftsminister und

gäbe eine Verdienstmöglichkeit zu schaffen. Das für den Freistaat Sachsen in Betracht kommende Unternehmen steht unter der Überleitung des Bezirksverbandes Sachsen der Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger. Mit der Leitung der Bühnenspiele ist Renate Schönfeldt, die im vergangenen Sommer sich bei der Führung des Jahreschau-Bühnentheaters der Gartenbau-Ausstellung sehr bewährt hat, betraut worden.

* Die Beethoven-Zahrhundertfeier in Bayreuth. Zum Gedächtnis an Ludwig van Beethoven, der am 26. März 1827 seine Erdenlaufbahn beendet, haben sich auch in Bayreuth konzertierende Chorvereinigungen und Orchester zusammengefunden, um diesen Tag lärmfrei groß zu feiern. Unter einem Ehrenausschluß von Herren der obersten Behörden, der Industrie, des Theaters und der Presse sind die vorbereitenden Arbeiten beendet. Mitglieder folgender Chöre: des Domchor, des Freiwilligen Kirchenchor zu St. Petri, des Gemischten Chores der Landständischen Oberschule des Herzoglichen Gesangvereins, Liebelsboden, Sängerbundes und der Volksbildungsschule vereinigt sich zu einem stattlichen Chor, ein Orchester mit etwa 70 Künstlern; ein Soloquartett der Dresdner Staatsoper tritt hinzu, um unter Leitung von Albert Rotwurth Beethovens Neunte Sinfonie nach mehrjähriger Pause wiederum zur Aufführung zu bringen. Vorher soll Beethovens Klavierkonzert in Es-Dur zum Vortrag kommen. Der Ertrag des Konzertes wird der Stadt Bayreuth überreicht werden, als Grundstock für einen Fonds der Theatermusik.

* Deutsche Uraufführungen im Kölner Opernhaus. Die lebhafte allgemeine Teilnahme, die Arthur Honegger's Oper „Judith“ bei ihrer deutschen Uraufführung im Kölner Opernhaus fand, ist vom kritischen Standpunkt aus durchaus berechtigt. Schon doch der schnell zu internationalen Ruf gelangte alemannische Komponist ein Werk von besonderem künstlerischen Wert, das deutigt, wie man mit modernen Ausdrucksmiteln überzeugend zu wirken vermag, auch wenn man atonale Wege vermeidet. Bach ist Honeggers großes Vorbild. Große Distanz des natürlichen Ausdrucks erstrebt er und gewinnt sie. Auf die einfachste, sogenannte Form brachte der Textdichter A. Morax (die ausgezeichnete deutsche Übersetzung kommt von Leo Melch) die alttestamentarische Heldin Judith, die nur aus religiösen Motiven handelt. Ganz unphysiologisch ist auch Honeggers Musik, die ihre Höhepunkte in den gewaltigen Chören hat. Bravourvoll herausgearbeitet sind vor allem die Gegensätze zwischen den weinen Klängen der verzweifelnden Befreiung und den Gefängen von Holofernes' siegenewohnten Soldaten. Mit seltener Klarheit ist das Orchester behandelt. Eindrückliche Charakterisierung des geheigerten dramatischen Ablaufes

Öffentliches und Sächsisches.

Die Stellung der Deutschen Nationalen zur neuen Regierung.

Im „Sächsischen Volksboten“, dem Organ der Deutschen Nationalen Volkspartei wird die Stellung der Partei zur neuen Regierung in einem „Die Regierung auf Rückbildung“ überriebenen Artikel u. a. folgendermaßen dargelegt:

Die Zustimmung der sächsischen Deutschen Nationalen zur Wahl Heldis in der Dienstagsitzung des Sächsischen Landtags nach der zweit Standen vorher abgegebenen eigentlichen Erklärung hat vielfach überreicht und in weiten Parteikreisen deshalb keine Billigung gefunden, weil man dort der irrtigen Meinung ist, daß nunmehr die Deutschen Nationalen auf unbefristete Hilfestellung der neuen Regierung gegenüber verpflichtet seien. Die Dinge liegen jedoch ganz anders. Vor dem ersten Wahlantritt war sich die Fraktion vollkommen darüber einig, daß sie auf ihrem ablehnenden Standpunkt gegenüber einer Ministerpräsidentschaft Heldt stehen bleiben müsse, selbst für den Fall, daß dann eine Bandtagsauflösung notwendig würde. Durch den ganz unsinnigen Vorstoss der AfD-Fraktion aber wurde die Fragestellung vollständig verschoben. Es handelt sich dann nicht mehr um die Frage, ob aufgelöst werden soll oder nicht, sondern es handelt nur noch die Frage zur Entscheidung, ob die neue Ministerpräsident Heldt oder Fleischer bestellt sollte. Die Aufwarter hatten keinen Zweifel darüber getragen, daß sie den Reichstagswahlkreis Fleischer wählen würden. Nur um dieses zu verhindern, kamen dann die Deutschen Nationalen für Heldt, weil sie in einem Kabinett Heldt das kleinere Nebeldiener bestellt haben. Es ist selbstverständlich, daß diese Entscheidung der Fraktion außerordentlich schwer gefallen ist. Sie hat sich geopfert, um dem Sachsenlande die Wiederkehr einer Feigner-Herrschaft zu ersparen, was allen anderen Parteien mit weit geringerer Opfer möglich gewesen wäre, wenn sie sich zur Herauszählung der Deutschen Nationalen zur Regierungsbildung hätten verstellen können. Jetzt stehen die Parteien vor dem Lande aus, sie ist bestimmt da, die bisher immer den Deutschen Nationalen gegenüber mit der verkleideten Unterstützung, daß sie nur obste Oppositionspolitik geübt haben, agitatorisch gearbeitet haben.

Von vornherein muß der Aufstellung auf entschiedene entgegengestellt werden, als ob sich die Deutschen Nationalen irgendwelche Bindungen der neuen Regierung Heldt gegenüber auferlegt hätten. Sie haben nach wie vor ihre volle Handlungsfreiheit und sind an keinerlei Zugeständnisse gebunden. Sie haben lediglich den Ministerpräsidenten mit gewählt aus den obenangeführten Gründen, weiter nichts. Die ihnen gemachten Zugeständnisse — bis zum 1. Juni Eintritt der Deutschen Nationalen in die Regierung und Verkürzung der Zahl der Ministerposten von sieben auf fünf — sind an keine Begrenzung gebunden.

Die Lebensdauer der neuen Regierung wird also sehr im wesentlichen davon abhängen, ob die neuen Regierungsparteien eine Politik treiben, die den Deutschen Nationalen die Unterstützung dieser Regierung ermöglicht, und vor allem auch davon, ob die Regierungsparteien ihre den Deutschen Nationalen in der Verwirkung der letzten Stunde aus freiem Nutzen geschafften Zugeständnisse ehrlich erfüllen wollen. Schon scheint es, als ob dies nicht der Fall sein sollte, denn in der demokratischen Presse wird den Tatsachen wieder abzuleugnen versucht, daß den Deutschen Nationalen die oben angeführten Zusicherungen gemacht worden seien.

Es wird zunächst Sache der zuständigen demokratischen Parteistellen sein, sich darüber zu äußern, ob dieser Abzugungsvorschlag der demokratischen Presse sich auf eine Information aus verantwortlicher Stelle der Demokratischen Partei stützt, was zunächst noch bezweifelt werden muss. Die A. S. P. betreibt ihrerseits schon parteilos, daß sie sich an die Aussage gebunden habe. Rimmelman bringt die von Ansano an absolut unsichere Einstellung der Aufwertungspartei, so ist deutlich zu erkennen, welch grobe Schwierigkeiten und Gefahren der neuen Regierung, zunächst schon aus ihren eigenen Reihen drohen. Aus dieser Sicht herauß ist die Stellung der Deutschen Nationalen zur neuen Regierung klar gegeben. Von einer Hilfestellung kann solange gar nicht die Rede sein, als die Regierungsparteien nicht durch die Tat beweisen, daß sie die den Deutschen Nationalen gegebenen Zusicherungen nicht verletzen werden.

Die Regierung wird also sehr im wesentlichen davon abhängen, ob die neuen Regierungsparteien eine Politik treiben, die den Deutschen Nationalen die Unterstützung dieser Regierung ermöglicht, und vor allem auch davon, ob die Regierungsparteien ihre den Deutschen Nationalen in der Verwirkung der letzten Stunde aus freiem Nutzen geschafften Zugeständnisse ehrlich erfüllen wollen. Schon scheint es, als ob dies nicht der Fall sein sollte, denn in der demokratischen Presse wird den Tatsachen wieder abzuleugnen versucht, daß den Deutschen Nationalen die oben angeführten Zusicherungen gemacht worden seien.

Die Lebensdauer der neuen Regierung wird also sehr im wesentlichen davon abhängen, ob die neuen Regierungsparteien eine Politik treiben, die den Deutschen Nationalen die Unterstützung dieser Regierung ermöglicht, und vor allem auch davon, ob die Regierungsparteien ihre den Deutschen Nationalen in der Verwirkung der letzten Stunde aus freiem Nutzen geschafften Zugeständnisse ehrlich erfüllen wollen. Schon scheint es, als ob dies nicht der Fall sein sollte, denn in der demokratischen Presse wird den Tatsachen wieder abzuleugnen versucht, daß den Deutschen Nationalen die oben angeführten Zusicherungen gemacht worden seien.

Die Lebensdauer der neuen Regierung wird also sehr im wesentlichen davon abhängen, ob die neuen Regierungsparteien eine Politik treiben, die den Deutschen Nationalen die Unterstützung dieser Regierung ermöglicht, und vor allem auch davon, ob die Regierungsparteien ihre den Deutschen Nationalen in der Verwirkung der letzten Stunde aus freiem Nutzen geschafften Zugeständnisse ehrlich erfüllen wollen. Schon scheint es, als ob dies nicht der Fall sein sollte, denn in der demokratischen Presse wird den Tatsachen wieder abzuleugnen versucht, daß den Deutschen Nationalen die oben angeführten Zusicherungen gemacht worden seien.

Die Lebensdauer der neuen Regierung wird also sehr im wesentlichen davon abhängen, ob die neuen Regierungsparteien eine Politik treiben, die den Deutschen Nationalen die Unterstützung dieser Regierung ermöglicht, und vor allem auch davon, ob die Regierungsparteien ihre den Deutschen Nationalen in der Verwirkung der letzten Stunde aus freiem Nutzen geschafften Zugeständnisse ehrlich erfüllen wollen. Schon scheint es, als ob dies nicht der Fall sein sollte, denn in der demokratischen Presse wird den Tatsachen wieder abzuleugnen versucht, daß den Deutschen Nationalen die oben angeführten Zusicherungen gemacht worden seien.

Die Lebensdauer der neuen Regierung wird also sehr im wesentlichen davon abhängen, ob die neuen Regierungsparteien eine Politik treiben, die den Deutschen Nationalen die Unterstützung dieser Regierung ermöglicht, und vor allem auch davon, ob die Regierungsparteien ihre den Deutschen Nationalen in der Verwirkung der letzten Stunde aus freiem Nutzen geschafften Zugeständnisse ehrlich erfüllen wollen. Schon scheint es, als ob dies nicht der Fall sein sollte, denn in der demokratischen Presse wird den Tatsachen wieder abzuleugnen versucht, daß den Deutschen Nationalen die oben angeführten Zusicherungen gemacht worden seien.

Die Lebensdauer der neuen Regierung wird also sehr im wesentlichen davon abhängen, ob die neuen Regierungsparteien eine Politik treiben, die den Deutschen Nationalen die Unterstützung dieser Regierung ermöglicht, und vor allem auch davon, ob die Regierungsparteien ihre den Deutschen Nationalen in der Verwirkung der letzten Stunde aus freiem Nutzen geschafften Zugeständnisse ehrlich erfüllen wollen. Schon scheint es, als ob dies nicht der Fall sein sollte, denn in der demokratischen Presse wird den Tatsachen wieder abzuleugnen versucht, daß den Deutschen Nationalen die oben angeführten Zusicherungen gemacht worden seien.

Die Lebensdauer der neuen Regierung wird also sehr im wesentlichen davon abhängen, ob die neuen Regierungsparteien eine Politik treiben, die den Deutschen Nationalen die Unterstützung dieser Regierung ermöglicht, und vor allem auch davon, ob die Regierungsparteien ihre den Deutschen Nationalen in der Verwirkung der letzten Stunde aus freiem Nutzen geschafften Zugeständnisse ehrlich erfüllen wollen. Schon scheint es, als ob dies nicht der Fall sein sollte, denn in der demokratischen Presse wird den Tatsachen wieder abzuleugnen versucht, daß den Deutschen Nationalen die oben angeführten Zusicherungen gemacht worden seien.

Die Lebensdauer der neuen Regierung wird also sehr im wesentlichen davon abhängen, ob die neuen Regierungsparteien eine Politik treiben, die den Deutschen Nationalen die Unterstützung dieser Regierung ermöglicht, und vor allem auch davon, ob die Regierungsparteien ihre den Deutschen Nationalen in der Verwirkung der letzten Stunde aus freiem Nutzen geschafften Zugeständnisse ehrlich erfüllen wollen. Schon scheint es, als ob dies nicht der Fall sein sollte, denn in der demokratischen Presse wird den Tatsachen wieder abzuleugnen versucht, daß den Deutschen Nationalen die oben angeführten Zusicherungen gemacht worden seien.

Die Lebensdauer der neuen Regierung wird also sehr im wesentlichen davon abhängen, ob die neuen Regierungsparteien eine Politik treiben, die den Deutschen Nationalen die Unterstützung dieser Regierung ermöglicht, und vor allem auch davon, ob die Regierungsparteien ihre den Deutschen Nationalen in der Verwirkung der letzten Stunde aus freiem Nutzen geschafften Zugeständnisse ehrlich erfüllen wollen. Schon scheint es, als ob dies nicht der Fall sein sollte, denn in der demokratischen Presse wird den Tatsachen wieder abzuleugnen versucht, daß den Deutschen Nationalen die oben angeführten Zusicherungen gemacht worden seien.

Die Lebensdauer der neuen Regierung wird also sehr im wesentlichen davon abhängen, ob die neuen Regierungsparteien eine Politik treiben, die den Deutschen Nationalen die Unterstützung dieser Regierung ermöglicht, und vor allem auch davon, ob die Regierungsparteien ihre den Deutschen Nationalen in der Verwirkung der letzten Stunde aus freiem Nutzen geschafften Zugeständnisse ehrlich erfüllen wollen. Schon scheint es, als ob dies nicht der Fall sein sollte, denn in der demokratischen Presse wird den Tatsachen wieder abzuleugnen versucht, daß den Deutschen Nationalen die oben angeführten Zusicherungen gemacht worden seien.

Die Lebensdauer der neuen Regierung wird also sehr im wesentlichen davon abhängen, ob die neuen Regierungsparteien eine Politik treiben, die den Deutschen Nationalen die Unterstützung dieser Regierung ermöglicht, und vor allem auch davon, ob die Regierungsparteien ihre den Deutschen Nationalen in der Verwirkung der letzten Stunde aus freiem Nutzen geschafften Zugeständnisse ehrlich erfüllen wollen. Schon scheint es, als ob dies nicht der Fall sein sollte, denn